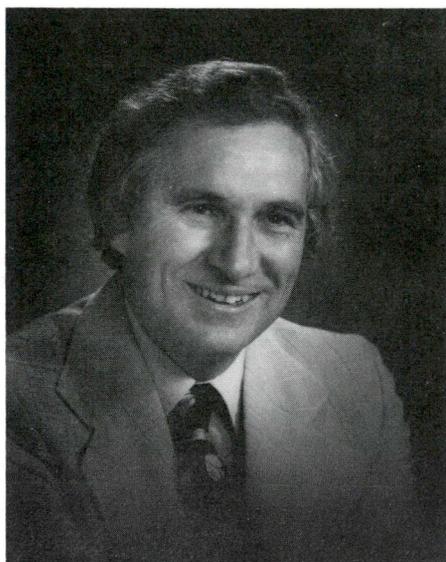


Flüchtlinge

Mit dieser Gesetzesvorlage werden erstmalig im kanadischen Recht die Verpflichtungen bestätigt, welche Kanada als Unterzeichner der Flüchtlingskonvention nebst Protokoll der Vereinten Nationen übernommen hat. In der Gesetzesvorlage werden die neuen Verfahren kodifiziert, nach denen über den Anspruch auf Zuerkennung des Status als Flüchtling befunden wird, und sie gewährleistet, daß Personen, die diesen Anspruch nachweisen können, den Schutz der Konvention genießen.



*Kanadas Einwanderungsminister  
Bud Cullen*

Für die Schaffung besonderer Bewertungsgrundlagen für Flüchtlinge ist im Wege von Verordnungen gesorgt worden. Es ist vorgesehen, daß diese Bewertungsgrundlagen die für die üblichen Einwanderer geltenden Kriterien insoweit ändern, als in Kanada besondere Unterstützung geleistet werden kann, um Flüchtlingen bei ihrer erfolgreichen Niederlassung zu helfen.

Damit die Regierung auch solchen Umständen Rechnung tragen kann, unter denen es aus humanitären Gründen gerechtfertigt ist, Personen, die laut Definition der Konvention keine Flüchtlinge sind, die Einreise zu erlauben, sieht der Gesetzesentwurf vor, daß die Regierung ermächtigt wird, von Zeit zu Zeit besondere, zur Einreise zugelassene Kategorien zu schaffen und dafür Bewertungsgrundlagen festzusetzen, die auf diese Gegebenheiten zugeschnitten sind.

Von der Einreise ausgeschlossene Kategorien

Die genaue Bezeichnung des Personenkreises, dem die Einreise verweigert wird, wurde überarbeitet, so daß sie jetzt den heutigen Verhältnissen und Maßstäben entspricht. Dabei wurden Bestimmungen wie die kategorische Verweigerung der Einreiseerlaubnis für Epileptiker ebenso ausgemerzt wie die überlebten Einreiseverbote für "Idioten, Schwachsinnige und Trottel". Eine Verweigerung aus gesundheitlichen Gründen wird künftig einzig und allein auf einer Gefährdung der öffentlichen Gesundheit oder Sicherheit oder einer Überbeanspruchung von Einrichtungen des Gesundheits- oder Sozialwesens beruhen. Für die Ablehnung wegen Kriminalität wird ein neuer, objektiver Maßstab auf der Grundlage der Strafe geschaffen, die das kanadische Recht für gleichwertige Taten vorsieht. Die Gesetzesvorlage enthält Bestimmungen, um der Bedrohung durch Terroristen oder Angehörige krimineller Organisationen zu begegnen.

Wahrung der Rechte des Einzelnen

Der Gesetzesentwurf gewährt allen, denen die Einreise verweigert wird, das Recht auf ein umfassendes und unparteiisches Immigrations-Feststellungsverfahren. Unter festgelegten Bedingungen hat jedermann zu den Untersuchungen Zutritt. Die Gesetzesvorlage sieht wie bisher das Recht auf einen Rechtsbeistand bei diesen Verfahren vor; neue Bestimmungen wahren die Interessen der unterhaltsberechtigten Angehörigen von Personen, die sich einem solchen Verfahren unterziehen müssen.

Eine wichtige Neuerung ist, daß an die Stelle der Sonderuntersuchungsbeamten eine neue Kategorie besonders ausgebildeter Beamter tritt, die als "Schiedsrichter" (Adjudicator) bezeichnet werden. Im Gegensatz zu den jetzt von den Sonderuntersuchungsbeamten wahrgenommenen Pflichten wird der Schiedsrichter nicht mit